



Bikash Bhattacharjee

### **Der Mythos vom 'Kampf gegen den Terror' im Punjab, oder: ein Konflikt wird gemacht**

Die äußere Erscheinung von vielen Sikhs: ihr ungeschnittenes Haupthaar 'Kes', das unter dem Turban drapiert wird, 'Kara' und 'Kirpan', Armreif und Dolch, ist, mehr oder weniger strikt an der 'Khalsa' (orthodoxe Sikh-Bruderschaft) orientiert, eher eine stille, selbstbezogene und alltägliche Pflege ihrer Identität. 'Kämpferische', also auf andere gerichtete, aggressive Qualität bekam, oder bekommt sie nur bei wenigen religiösen Eiferern. Diese bringen sich allerdings auch nachhaltig ins Bewußtsein der Öffentlichkeit:

Sikh-Sezessionisten, oder -Fundamentalisten. Doch oft wird solch ein Mann mit angelegtem safrangelben Turban (die Farbe Kampfes und des Opfers) zum Synonym für 'den' Sikh, obwohl es die Wenigsten sind, die so auftreten.

Die Meisten der in Indien ca. 13 Millionen umfassenden Glaubensgemeinschaft leben im Punjab als Bauern, in anderen Bundesstaaten meist als Selbständige oder Händler (zur Entstehung der Sikh-Religion vgl. 'Südasiens', Nr. 6-7/1991. Hier wollte ich den sie umgebenden Mythos,

ihre Anhänger, die Sikhs seien per se 'Kämpfer' widerlegen).

Sofern Sikhs heute ihre Identität mit den fünf K's der 'Khalsa' betonen, kann in der Religion an sich nicht der unmittelbare Grund für die seit etwa 12 Jahren stattfindende Gewalteskalation und die fanatischen Rufe nach 'Khalistan', dem eigenen Staat, liegen. Und dennoch steht die Religion in einem direkten Zusammenhang mit dem grausamen und blutigen Konflikt: sie wird für politische Ziele, in taktisch wohlkalkulierten Winkelzügen benutzt. Dabei spielen allerdings mehrere Akteure, und viele sind keine Sikhs, eine Rolle: die Zentralregierung Indiens, politische Kreise in Pakistan, die 'Sikh-Partei' Akali Dal, orthodoxe Sikh-, wie auch Hindu-Fundamentalisten und die 'Khalistanis'.

Eine Saat von Gewalt und Mißtrauen wurde gelegt, die allerdings auch bei Teilen der zunächst unbeteiligten Bevölkerung, auf fruchtbaren Boden fiel. Meist dienten Hindus und Sikhs jedoch eher als Marionetten oder Opfer in diesem grausamen Spiel. Wie haben sich diese Fronten aufgebaut, wer vertritt dabei welche Interessen? Gewalt und Gegengewalt haben sich seit Ende der 70-er Jahre schon so verselbständigt, daß es schwer fällt, in dem Morden noch 'Rationalität' aufzuspüren, Ursache und Wirkung auseinanderzuhalten. Denn 'irrational', auch wenn es an humanistischen Idealen gemessen so erscheinen mag, sind Staats- und Extremistenterror im Punjab nicht; es werden damit bestimmte, wohlkalkulierte Ziele verfolgt. Anhand der Wahl 1991 soll die aktuelle Lage im Punjab kurz beleuchtet werden, um dann in einem Rückblick die Entstehung der 'Akali Dal' und der Forderung nach 'Khalistan' einzuordnen und auf das Heute zu beziehen.

### Die Schicksalswahl 1991 fand nicht statt

Das Gezerre um das Stattfinden der Wahlen zur 'Lok Sabha' (nationales Parlament) und 'Vidhan Sabha' (Landesparlament) im Punjab, ist Resultat wahltaktischer Kalküle der indischen Regierung, 'Akali Dal'-Fraktionen, Sikh- und Hindu-Orthodoxie und Sikh-Extremisten, und eignet sich sehr gut, um einleitend das im Punjab wirksame, komplizierte Interessensgeflecht darzustellen.

Chandra Shekar, vom 'Congress-(I)' gestützter Nachfolger des gescheiterten V.P. Singh im Amt des Premierministers und Vorsitzender der abgespaltenen 'Janata Dal (S)', hatte sich im März dieses Jahres entschlossen, nicht zum neunten Male seit 1987 die 'President's Rule' (Unterstellung eines Teilstaates der indischen Union unter die Direktherrschaft New Delhis) zu verlängern. Wie alle InderInnen, sollten auch die Punjabis ihre politischen Repräsentanten ins nationale Parlament entsenden, und wieder eine lokale Regierung bilden können.

Shekar hatte sicherlich seine eigene Profilierung, und die seiner Minipartei im Auge, als er seine Politik der Annäherung an die 'Akali Dal' (Mann-Fraktion) im Punjab, die er zu Beginn dieses Jahres eingeleitet hatte, auf diese Art weiterführte. Ablehnung und Empörung über die Entscheidung, die Wahl stattfinden zu lassen, formu-

lierten in erster Linie der später ermordete Rajiv Gandhi und seine 'Congress (I)'-Partei. Für den 22. Juni war die Wahl angesetzt worden. Das Spektrum der Parteien, die insgesamt ca. 1700 Kandidaten nominiert hatten, war in dieser Zusammensetzung einzigartig in der Parteiengeschichte des Punjab.

Die 'Akali Dal' trat in drei unterschiedlichen Gruppierungen auf: S.S. Mann bestritt seinen Wahlkampf hauptsächlich mit der Forderung nach einem 'souveränen Staat der Sikhs'; P.S. Badal forderte mit seiner 'Akali Dal'-Abspaltung die 'Selbstbestimmung der Sikhs', und die 'Akali Dal' in der Longowal-Nachfolge strebte eine 'wahre föderale Struktur' an. Zum ersten Male beteiligte sich auch die radikale 'All India Sikh Students Federation' (AISSF/Manjit) an einer Wahl. Sie wurde vom orthodoxen 'Panthic Committee' des Babba Gurcharan Singh Manochahal unterstützt. Ebenfalls zum ersten Male warb die 'Khalistan Commando Force' (KCF) unter B.W. Singh Zafferwal um die Wählergunst.

In der 71-jährigen Geschichte der (Shiromani) 'Akali Dal' hatte es niemals eine so starke Aufspaltung gegeben. Jede der Teilgruppierungen betreibt ihre eigene Machtpolitik und will sich durch unterschiedliche Akzentsetzungen bei der Forderung nach 'Sikh-Autonomie' profilieren. Dieses 'kompromißlerische', sich auch mit New Delhi versöhnende 'Schielen nach der Macht' im Punjab, hat der 'Akali Dal' gerade auf Seiten der jungen extremistischen Sikhs viele Todfeinde gebracht. So wurden im Wahlkampf von 1991 hauptsächlich Akalis, aber auch Kandidaten der AISSF und der KCF, über die das Verdikt des 'Verrats an Khalistan' noch kompromißloser gefällt wurde, und Politiker der traditionell verhassten Kommunisten ermordet. Auch aus Angst ermordet zu werden, versuchten insbesondere die 'Akali Dal'-Politiker sich um klare Stellungnahmen für oder gegen Khalistan herumzudrücken.

Der seit Jahren in Nordindien auf Erfolgskurs stehenden hindu-nationalistischen 'Bharatiya Janata Party' wurden allgemein gute Chancen eingeräumt. Schon 1985, bei den indischen Parlamentswahlen hatte sie im Punjab erstaunliche Erfolge verbucht. Diesmal rechnete die BJP vor allem in den hauptsächlich von Hindus bewohnten Städten, und auch in ländlichen Gebieten, bei vielen Sikhs (!) auf einen enormen Stimmenzuwachs. Das letztere Phänomen läßt sich damit erklären, daß bislang die 'Congress-(I)'-Partei als säkular eingestellte Interessensvertretung die von kommunalistischen Spannungen bedrohten Minderheiten hinter sich bringen konnte. Da aber der 'Congress-(I)' nicht zur Wahl antrat, kämen diese Stimmen der BJP zugute, deren Politik für 'Ruhe und Ordnung' stünde, ohne zu radikal an sozialen und ökonomischen Problemen zu rühren, wie es die Kommunisten tun. Ihre beiden Richtungen, sowohl die CPI als auch die CPI(M) sprechen sich gegen Sezession aus. Auf dem Land sympathisieren vor allem Landarbeiter mit den Kommunisten, in städtischen Gebieten sprechen sie hauptsächlich das Stadtproletariat an. Als kleinste Parteien im Punjab greifen sie die brennenden sozialen Fragen auf. Schon seit langem

# 'Punjab elections before Feb. 15'

From Our Special Correspondent

NEW DELHI, Sept. 18.

Parliament today approved extension of President's rule in Punjab for another six months beyond November 11, 1991, after the Government gave an assurance that elections in the State would be held definitely latest by February 15 next year, or even earlier if the situation permits. There will be "no departure" from this, the Union Home Minister, Mr. S. B. Chavan, told the Lok Sabha seeking to allay Opposition misgivings about the Government's credibility.

In both the Houses the Government faced a concerted Opposition on slough on its Punjab policy before the statutory resolution seeking extension of President's rule got a grudging endorsement. The Congress(I) was squarely blamed for the present state of affairs, and a demand made for initiating a dialogue with political parties to find a solution. Repeated references were made to alleged police excesses against innocent people in Punjab.

In the Rajya Sabha, the entire Opposition barring the CPI(M) and the Akali Dal member, Lt. Gen. (Retd) Jagjit Singh Aurora, walked out when the resolution was put to vote, protesting that no firm date for elections had been announced. But, while the CPI(M) supported the resolution Mr. Aurora opposed it. In the Lok Sabha the CPI, the Janata Dal and the BJP voted against the move when a division was called. The CPI(M) went along with the Government despite its strong reservations. Of the 172 members present, 148 voted in favour and 23 against. There was one abstention.

The Lok Sabha, where the resolution was moved by Mr. Chavan on Tuesday evening amid considerable commotion, discussed it for more than three hours with the entire Opposition alleging that the decision was motivated by the ruling party's narrow self-interest. The Congress(I), it said, wanted to buy time to prepare for the elections which the party had earlier decided to boycott.

There was widespread criticism of the decision to postpone the original date of elections, June 22, and almost all the Opposition members alleged that this was done at the behest of the Congress(I). Stating that it was not a mere co-

incidence, members pointed out that the Chief Election Commissioner announced the postponement barely a few hours before the Congress(I) was to assume power at the Centre. The Home Minister's statement justifying the extension of President's rule was dismissed as a "statement of fiction" by the BJP leader, Mr. Jaswant Singh, and came in for sharp criticism from others.

The Home Minister in his reply rejected the Opposition charges and said the Government was "equally keen" to hold early elections in Punjab and restore the political processes there. Despite provocations from terrorists, the Government was determined to hold elections. "Whatever they might do, we will stand by what we commit here," he said accepting the suggestion for a dialogue with political parties.

He reacted sharply to the Opposition charge that the Congress(I) was motivated by what Janata Dal leader, Mr. Ram Vilas Paswan, described as "vote politics". He said every political party had its interests in mind, but national interest overrode everything else. History, he said, was witness to his party's concern for the national interest. The Government was committed to the Rajiv-Longowal accord and would pursue it once Punjab had a democratically elected government. He conceded that there could have been cases of "misuse" of power and said Government would look into specific cases of alleged police excesses mentioned by the members.

Initiating the discussion, Mr. Jaswant Singh opposed the "principle" of perpetuating Central rule in Punjab pointing out that it had already been extended eight times so far. It was with "sickening regularity" that the Government came forward every six months to seek another extension. The "large collectivity" of Punjab was being punished for the failure of the Government to set things right in the State, he said alleging that the Congress(I)'s "petty, partisan" policies were responsible for the crises in Punjab, Jammu and Kashmir and Assam.

He described the Home Minister's statement as a "classic example of bureaucratic obfuscation" and said it was a "negation of facts" and therefore insulting. He contested the Minister's claim that a "counter-propaganda" had

been launched against the terrorists and questioned the wisdom of relying excessively on the police and the armed forces without taking into account the political aspects of the problem. He was also critical of the way the resolution was brought up on Tuesday evening.

The CPI leader, Mr. Indrajit Gupta, "categorically" opposing the resolution, said the Government's credibility was so low that he did not "value very much firm (election) dates coming from an infirm Government." "We are not prepared to countenance further extension even if firm dates are announced," he said and accused the Government of lacking the will to hold elections.

Alleging police excesses in Punjab, he said President's Rule had come to mean "police raj". He rejected the reasons given by the Government for postponing the elections and wanted to know what were the "insuperable" obstacles which made early elections impossible, as the Home Minister claimed in his statement. And how did it propose to overcome these obstacles? No political initiative had even been hinted at in the Home Minister's statement.

Mr. Chandrajit Yadav (JD) urged the Government to call a meeting of national political parties and representatives of the Akali Dal to find a solution. There was no point in trading charges and counter-charges over an issue that transcended party concerns and had become a national crisis. He described the proposal to exclude terrorists from the election process as a "Himalayan political blunder."

The CPI(M)'s Mr. Saifuddin Chaudhury criticised the Government for not implementing the Rajiv-Longowal accord and stressed the need for a consensual approach. Mr. Chavan's statement was full of "inconsistencies" and elections should be the focus of restoring normal political processes in Punjab, he said. He insisted on a firm date for elections, and said although his party was dissatisfied with the Government's approach it would not oppose the resolution.

aus: 'Hindu', 19.9.91

treten sie offen, und zwar als einzige der erwähnten politischen Organisationen, gegen den 'Terror des Staates und den Terror der Fundamentalisten' auf. In ihren jahrelangen Bemühungen hatten sie neben einigen Gewerkschafts- und Bauernkomitees immer wieder versucht, Hindus und Sikhs darauf zu besinnen, daß nicht ihre Religion an sozialer Benachteiligung und Diskriminierung, an Not und Elend schuld sei, sondern bestimmte Praktiken von Großgrundbesitzern, Polizei und Politikern. Viele Kader der Kommunisten wurden von Khalistanis umgebracht. Außerdem wurden sie auch Opfer der Gewalt von rechts sowie von Polizei und Armee. Als die Wahl im letzten Moment abgesagt wurde, begrüßten die kommunistischen Partei diese Entscheidung. Sie meinten jedoch, die Absage sei zu spät gekommen, nachdem der Wahlkampf bereits Hunderte von Opfern gefordert habe.

Der 'Congress-(I)' ist die größte Partei im Punjab und seit 1947 stellte er meist die Regierung des Bundesstaates. Obwohl die Nehru-Gandhi-Partei für Säkularismus stand, hat sie sich allerdings auch nie davor gescheut, ein kaltblütig auf kommunalistische Vorurteile berechnetes politisches Spiel zu betreiben. So war es Indira Gandhi, die Ende der 70-er Jahre, als sie nach der verheerenden Niederlage auf Unions-ebene durch die 'Janata'-Partei (auch im Punjab re-

gierte eine Janata-Akali Dal-Koalition) wieder zurück an die Macht strebte, den jungen orthodoxen Sikh-Prediger Bhindranwale aufbaute. Er sollte mit seinem Sikh-Radikalismus die Akalis unglaubwürdig machen und schwächen. Dies war der Beginn des Terrorismus im Punjab, der während der vergangenen zehn Jahre etwa 13.000 Todesopfer forderte, und die Punjabis in permanenter Angst leben läßt.

Die letzte Partei, die sich an den Wahlen beteiligen wollte, ist die 'Shiv Sena'. Militant und fundamental-hinduistisch spricht sie eine orthodoxe Hindu-Wählerschaft an.

Neben dem 'Congress-(I)' boykottierten die 'Khalistan Liberation Force' des S. Singh Sangha, die 'Bhindranwale Tigers' Force of Khalistan', und noch einige weitere kleinere Splittergruppen die Wahl. Sie sahen in der Teilnahme der Akalis, der AISSF u.a. einen 'Verrat von Sikh-Interessen an New Delhi', der unter 'Todesstrafe' gestellt wurde. In der 'heißen Zeit' des Wahlkampfes zwischen dem 8. und 22. April 1991 gab es 182 Tote, davon 24 Wahlkandidaten, im Juni wurden u.a. 74 Zugreisende ermordet. Sie wurden Opfer der verschärften Strategie der Khalistanis, mit dem Terror die Hindu-Bevölkerung aus dem Punjab zu verjagen, bzw. Sikhs im Punjab vom Wählen abzuhalten, und sie aus an-

deren Landesteilen, in denen sie sich möglicherweise als bedrohte Minderheit nicht mehr sicher fühlen, in den Punjab zu locken.

Zum 'Schutz der Wahlen' war ein Armee- und Polizeiaufgebot präsent wie kaum zuvor. Aber 36 Stunden vor dem Wahlgang wurde dann von der zentralen Wahlkommission (Election Commission) die Wahl im Punjab auf unbestimmte Zeit verschoben (nach neuesten Mitteilungen soll sie vor Februar 1992 stattfinden, siehe auch Kasten). 'The Tribune', Tageszeitung aus Chandigarh

Zur Absicherung der Wahl '91, die vor dem Hintergrund von 12 Jahren unversöhnlich aufrechterhaltener Dogmen von der 'Einheit Indiens' einerseits, und der mehr oder weniger strikt praktizierten 'Selbständigkeit des Punjab' andererseits, wieder zu einer blutigen Kraftprobe der Dogmatiker werden mußte, wurde der Punjab mit Armee- und paramilitärischen Sondereinheiten gespickt. Eine Provokation für die Militanten und der 'Beweis' für die von ihnen immer und immer wieder beschworene Unterdrückung durch das Zentrum. Der Anlaß gegen diese Okkupation in 'den Krieg zu ziehen' war gegeben.



114 Menschen wurden im Juni diesen Jahres Opfer eines Massakers, für das militante Sikhs verantwortlich gemacht werden (Foto: 'Frontline')

merkte an: "It will be seen as an act of betrayal, one more in a chain of such acts". Die Parteien, allen voran die BJP, prangerten den 'Mord an der Demokratie' an. Außer dem 'Congress-(I)' haben wohl nur die Extremisten von der Verschiebung der Wahlen profitiert. Die normale Bevölkerung hat so oder so ihren Blutzoll entrichten müssen; ob das so weitergeht, ob Sikhs und Hindus weiterhin zwischen den politisch verhärteten, und an kaltem Machtkalkül orientierten Fronten stehen und zwischen ihnen zerdrückt werden, sollten sie wohl diesen Politikern nicht zur Entscheidung überlassen. In den vergangenen Jahren wurde die Schraube der Gewalt von ihnen so stark angezogen, daß sie für Frieden im Punjab nicht mehr glaubwürdig eintreten können. 'Frieden', den sie zusichern, ist allzuoft nur die Garantie für weiteren Terror.

### Punjab - Lebensraum zwischen den Fronten

Der indische Punjab ist Teil des flachen und fruchtbaren Schwemm-"Landes der fünf Flüsse" Jhelum, Chenab, Ravi, Beas und Sutlej. Durch die Teilung des indischen Subkontinents in Indien und Pakistan 1947 bedingt, änderten sich die sozialen Siedlungs- und agrarischen Nutzungsstrukturen grundlegend: fast alle Sikh-Bauern, die im heutigen pakistanischen Teil des Punjab über großen Landbesitz verfügten, ließen alles zurück und flohen in den östlichen Teil der geteilten Heimat. Die aus dem Osten in den Westen fliehenden Moslems waren selten Bauern und ließen auch kein Land zurück. Der Landdruck im indischen Punjab nahm somit durch die einströmenden Sikhs und Hindus stark zu. Eine Landreform setzte eine Neuverteilung des Bodens mit durchschnittlich geringeren Betriebsgrößen als vorher

durch; Tausende von Sikhs, traditionell selbständige Bauern, gingen jedoch leer aus und emigrierten meist nach Kanada, in die USA oder siedelten sich in Delhi und anderen indischen Regionen an, um fortan als Selbständige (Transportwesen etc.) eine neue Existenz aufzubauen.

Auf einer Fläche von 50.362 Quadratkilometern leben heute etwa 20 Millionen Menschen, etwa 60 Prozent davon sind Sikhs und 35 Prozent Hindus. Weite Gebiete, vor allem um die Ballungsräume Ludhiana und Amritsar, sind mit durchschnittlich 500 Menschen pro Quadratkilometer sehr dicht besiedelt, im Süden und an der Grenze zu Pakistan leben hingegen nur etwas über 200 Menschen auf einem Quadratkilometer.

Der Punjab als Lebens- und Wirtschaftsraum veränderte sich seit der leidlich geglückten Konsolidierung nach der schmerzvollen Amputation von 1947 nochmals einschneidend Mitte der 60-er Jahre. Indien und Pakistan beendeten gerade ihren Krieg um Kashmir, da war aufgrund der Einführung sogenannter Hohertragsorten ein wichtiger Schritt zu einer Kapitalisierung der Landwirtschaft im Punjab getan, also: Steigerung der Produktivität pro Hektar, hoher Kapitaleinsatz, Mechanisierung und Produktion für einen erweiterten Markt. Einher mit effizienteren Produktionsweisen und der Kommerzialisierung der Ernteerträge ging eine drastische Freisetzung von vormaligen Kleinbauern mit Besitzgrößen unter 4 Hektar (10 acres). Ihr Land war von den großen und kapitalstarken Landbesitzern aufgekauft worden.

Die neuen Weizen- und Reissorten erforderten regelmäßige Bewässerung, die nur durch Erschließung des Grundwassers mithilfe von Pumpen zu erreichen war. Hinzu trat die Notwendigkeit, die empfindlichen Pflanzen mit Pestiziden gegen Schädlinge zu schützen und ihnen mit Kunstdünger zusätzliche Nährstoffe zuzuführen. Erst ab einer Betriebsgröße von mehr als 8 Hektar rentierten sich die notwendigen Investitionen. Es entstand eine neue Elite. Großgrundbesitzer mit mehr als 400 Hektar waren in der Lage, ihren Besitz zwischen 1955/56 und 1967/68 um mehr als 40 Prozent zu steigern. Auf Kosten vieler Kleinbauern und Pächter sowie der Umwelt, denn die vielgepriesene 'Modernisierung' führte zu einer Versalzung der Böden und zur Vergiftung des Grundwassers.

Staatlicherseits wurde die 'Grüne Revolution' gefeiert und mit entsprechenden Kreditprogrammen gefördert, die allerdings zu Beginn die Kleinbauern ausschlossen und damit zu deren Proletarisierung beitrugen. Tatsächlich erbrachte diese kombinierte Kraftanstrengung von Staat, Bio-Technologie und Großbauernschaft beeindruckende Ertragssteigerungen von 5,5 Prozent pro Jahr zustande. Fortan war der Punjab, der 60 Prozent des Weizens und 43 Prozent des Reises Indiens erwirtschaftet, zur 'Kornkammer' des Subkontinents geworden. Aus ihr wurde nicht nur der nationale Bedarf gedeckt, sondern 1990 zweigte die indische Regierung von diesem Vorrat auch noch Getreide für eine Schenkung an die UdSSR ab. Volle Spei-

cher machten jedoch Bauern und Bevölkerung des Punjab nicht zufrieden. Die Großbauern, meist Sikhs, litten immer stärker unter der 'Abhängigkeit von der Zentralregierung'.

1966 erfolgte eine abermalige Abspaltung eines südöstlichen Teils des Punjab, der hauptsächlich von Hindus bewohnt war. Der neue Bundesstaat Haryana entstand. Der verbleibende Punjab war zwar dem Wunsch der 'Akali Dal' nach einem hauptsächlich von punjabi-sprechenden Sikhs bewohnten Teilstaat nähergekommen, für die bewässerungsintensive Landwirtschaft stellte sich jedoch nun ein neues Problem: das der Kontrolle und Aufteilung der kostbaren Ressource Wasser. Seitdem schwelt zwischen Punjab und Haryana ein Konflikt über den Sutlej-Yamuna-Kanal, der die Versorgung der vom Punjab abgestückelten Baumwoll- und Getreidefelder Haryanas sicherstellen sollte. Haryana, der von Hindus bewohnt, und von Hindus re-gierte Ministaat nahe Delhi, wurde für viele Sikhs zum weiteren Symbol der 'Ausbeutung des Punjab durch Hindus'.

Eine weitere ökonomische Grundlage für kommunalistische Wahrnehmungen bot die staatlich geregelte Preispolitik für Getreide. Die indische Zentralregierung legte für die Produzenten unakzeptable Niedrigpreise für Weizen und Reis fest, und bestimmte über Verteilung und Vermarktung der Produkte. Viele Punjabi-Bauern interpretierten dies als starke Einschränkung ihrer eigenen wirtschaftlichen Prosperität, bzw. der ihrer Heimatprovinz.

Die als Folge der 'Grünen Revolution' angestiegene Zahl von Landlosen wurde zum Teil durch einen gestiegenen Arbeitskräftebedarf wieder aufgesogen. Viele wanderten auch aus. In umgekehrte Richtung setzte eine Migration von Land- und Stadtproletariat aus den Bundesstaaten Bihar und Orissa (meist Hindus) ein. Eine zeitlang stiegen die Löhne für Arbeiter beträchtlich an. Der Zuwachs wurde aber durch eine ebenfalls steigende Inflation schnell wieder zunichte gemacht, was bei den Landarbeitern zu organisiertem Widerstand und zu der Forderung nach höheren Löhnen führte. Auf dem Boden der so 'prosperierenden Landwirtschaft' wuchs eine ansehnliche Klein- und Mittelindustrie: zunächst Holz-, Maschinen- und Schraubenindustrien u.ä.. Mit staatlicher Förderung wurden Elektrizitätsversorgung und Infrastruktur ausgebaut, das Gesundheits- und Bildungssystem verbessert. Es entstanden, trotz Armut an natürlichen und mineralischen Rohstoffen Industriezentren um Ludhiana und Amritsar. In den neuentstandenen Fabriken verdingten sich zu Beginn der 80-er Jahre 13 Prozent der erwerbstätigen Personen. Zieht man statistische Kunstgebilde wie das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung als Orientierungsmarke heran, so lag der Punjab 1980 weit vor allen anderen indischen Bundesstaaten. Vorsichtig gehandhabt, läßt sich aus den insgesamt wenig differenzierenden Daten jedoch ableiten, daß die Punjabis tatsächlich besser genährt und gekleidet sind, daß eine bessere Gesundheitsversorgung und ein vergleichbar hohes Bildungsniveau vorherrscht.

Seit Ende der 70-er Jahre ist jedoch allgemein eine zunehmende Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Ein großer Teil der akademisch gebildeten Jugend aus mittelständischen Bauernfamilien ist nicht nur arbeitslos, sondern fühlt sich auch perspektivlos. Aus ihren Reihen rekrutieren die Khalistanis inzwischen den Großteil ihrer Anhänger und Aktivisten. Obwohl es viele nicht wahrhaben wollen, scheinen die 'Radikalen' mit ihren Parolen von der Unterdrückung und Knebelung "der" Sikhs durch "die" Hindus in Delhi bei großen Teilen der Landbevölkerung wenn nicht auf direkte Unterstützung, so doch auf Sympathie zu stoßen. Die tatsächlichen Einschränkungen, die die Bauern durch die ungünstige Preis- und Abnahmepolitik ihrer Produkte, den Streit um Wasser, oder auch durch die Weigerung der Zentralregierung, die gemeinsame Hauptstadt Punjabs und Haryanas, Chandigarh, wie lange schon versprochen, endgültig dem Punjab zuzuschreiben, finden offensichtlich oft ihr Ventil in der Forderung nach Khalistan. Viele der Punjabis agieren aber auch nur noch aus Angst vor dem Terror auf die von ihnen verlangte Art oder versuchen, mit all' dem nichts zu tun haben zu müssen. Die von Gewalt immer stärker bedrohte Hindubevölkerung in den städtischen Gebieten flüchtet sich in ihre vermeindliche 'Hindu-Identität', repräsentiert von der 'Bharatiya Janata Party' bzw. von der militanten hindu-fundamentalistischen 'Shiv Sena'.

Hindus machen ein Gutteil der Fabrikarbeiterschaft mit Sympathien für die Kommunisten aus. Hindus stellen aber auch das Gros der Händler, Industrieunternehmer, Gewerbetreibenden, und der städtischen Administration. Über eine die Landbevölkerung diskriminierende Quotierung wird die Beschäftigung im Staatsdienst geregelt. In dieser Konkurrenz um die Reservierungsquoten - und die Stadtbevölkerung stellte größtenteils bislang die traditionelle 'Congress-(I)'-Wählerschaft - stehen sich wiederum Sikh und Hindu aus dem Dorf näher, als ein

Sikh vom Land und einer aus der Stadt. Wirtschaftliche Aufsteiger aus ländlichen Gebieten fühlen sich, im Gegensatz zu den Städtern oft am besten von der 'Akali Dal' vertreten.

In den Dörfern bestehen noch die traditionellen Siedlungsformen: Gurudwara (Heiligtum der Sikhs), Tempel oder Moschee stehen im Mittelpunkt der in unterschiedlichen, den jeweiligen religiösen Gruppen vorbehaltenen Bezirken des Dorfes. So haben Sikhs und Hindus jahrhundertlang friedlich in Nachbarschaft zueinander gelebt; oft gab und gibt es interkommunale, familiäre Vermischungen, und bis heute ist trotz mancher Vorbehalte die Haltung der meisten Punjabis doch eher von dem Wunsch nach einem angstfreien, friedlichen Miteinander geprägt. Aber der Terror beeinflusst die Wahrnehmung der Menschen. Ein Sikh-Bauer wurde gefragt, warum er die Khalistanis unterstütze und er antwortete: "Weil sie für unsere wirtschaftlichen Rechte kämpfen und unsere Religion verteidigen. Die Hindus in Delhi beleidigen unsere Religion - und zugleich profitieren sie vom Reichtum unseres Landes" ('Neue Zürcher Zeitung', 8.1.91).

In vielen Dörfern wurden aber auch, unterstützt von den Kadern linker Organisationen und Parteien (CPI, CPI(M), 'Revolutionary Unity Centre', 'Kirti Kisan Union' u.a.) gegen den Terror von Hindu- und Sikh-Fundamentalisten und den Staatsterror 'Unity Committees' gebildet, die für Frieden und Verständigung eintreten.

Wie auch immer Wahrnehmungen und Vorurteile der Bevölkerung den Punjab sehen mögen, macht die geostrategische Lage ihn zu einem für nationale Ambitionen sehr wichtigen Einflusbereich. Direkt an Pakistan angrenzend, stellt er auch den einzigen Zugang von Indien zum ebenfalls sezessionistischen Kashmir dar.

(Die Berichterstattung wird fortgesetzt)

Brigitte Schulze

## - In Indien wächst die Zahl der Selbstmorde -

1986 setzten 7545 Teenager unter 18 Jahren ihrem Leben ein Ende - 13,9 Prozent der gesamten Selbstmordfälle. Landesweit steigt die Selbstmordrate analog zu den immer größeren Anforderungen der modernen Gesellschaft. Der Leistungsdruck beginnt schon im Klassenzimmer. In den Polizeiberichten werden Selbstmordversuche 10-jähriger Schüler aufgezählt, die ihren Traum von Glück und Wohlstand durch schlechte Zeugnisnoten verloren glaubten. Häufig wurzeln erdrückende Schwierigkeiten aber auch in spezifischen Eigenheiten der indischen Kultur.

Sujata hatte sich für die Zukunft viel vorgenommen. Nach erfolgreichem Abschluß wollte die Schülerin ein Medizinstudium beginnen. Schlechte Noten auf dem Abschlußzeugnis bereiteten ihrem Traum ein jähes Ende. Sujata wurde mehr und mehr verschlossen und introvertiert. Der eilends aufgesuchte Psychiater empfahl eine elektrische Schockbehandlung. Sujatas Vater lehnte

entsetzt ab und entschloß sich, die Tochter selbst zu behandeln. Langsam besserte sich ihr Zustand, bis zu dem Tag, an dem Sujata ihre Verwandten mit zwei Dutzend Eintrittskarten ins Kino schickte. Sie selbst versprach später nachzukommen. Allein im Haus übergoß sie sich mit Kerosin und zündete sich an. Sujata war 16 Jahre alt. Auch wenn neuere Statistiken zur Suizid-